



US-Wahlen: Viel knapper als gedacht!

Die „Midterm Elections“ sind (fast) vorbei. Präsident Bidens Demokraten haben die Mehrheit im Senat erfolgreich verteidigt. Im Repräsentantenhaus liegen die Republikaner bei der Stimmentauszählung vorne, aber selbst hier gibt es für die Demokraten noch Chancen.



Patrick Franke
Internationale
Konjunktur
Tel. 069/91 32-47 38

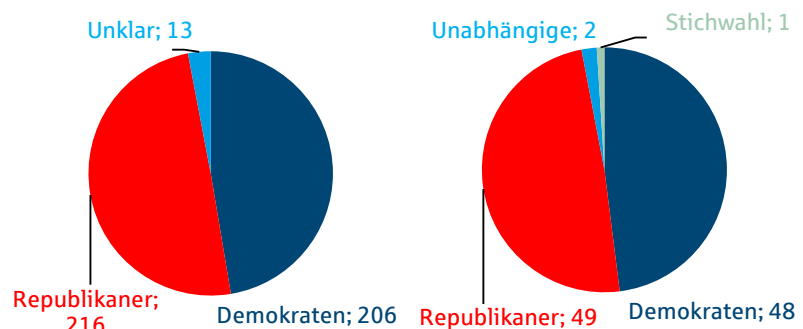
Die Umfragen vor der Wahl haben mal wieder die Erwartungen über ihren Ausgang in die Irre geführt. Nach all dem Gerede über eine angebliche „rote Welle“, **scheinen die Republikaner insgesamt Boden gut gemacht zu haben**, aber weit weniger als erhofft/befürchtet. Im Repräsentantenhaus steht die Auszählung derzeit bei 216 republikanischen Sitzen. Damit liegen sie vor den Demokraten (206), aber beide Seiten könnten angesichts von 13 unklaren Sitzen theoretisch noch die Mehrheitsschwelle von 218 erreichen.

Im **Senat** passierte per saldo so gut wie gar nichts. In Georgia fiel die Wahl des Senators so knapp aus, dass am 6. Dezember eine Stichwahl stattfinden wird. Aktuell haben die Demokraten einschließlich der zwei Unabhängigen aber schon die 50 Sitze, die ihnen für eine Mehrheit reichen. Bei Abstimmungsgleichstand gibt Vizepräsidentin Harris den Ausschlag.

Mit dem **Verlust einer Kammer des Kongresses** würde Joe Biden den politischen Vorteil einer einheitlich demokratisch kontrollierten Regierung und von beiden Häusern der Legislative einbüßen. Die seit 2021 angewandte Methode, wichtige Wirtschaftsgesetze mit Hilfe des Haushaltsrechts durchzusetzen, erforderte eine einfache Mehrheit in Repräsentantenhaus und Senat. Die bisherige Mehrheit von nur einer Stimme gab dabei den Zentristen Joe Manchin und Kyrsten Sinema, obwohl sie als Demokraten im Senat sitzen, quasi ein Vetorecht für diese Projekte. Ohne sie ging es nicht. Ab Januar werden die Demokraten nun vielleicht sogar zwei Stimmen Mehrheit haben.

Haus noch offen, Senat bleibt demokratisch

Sitze im 118. Kongress (Mehrheit bei 218, 50/51; Auszählungsstand 14. November 2022)



Quellen: Realclearpolitics.com, Helaba Research & Advisory

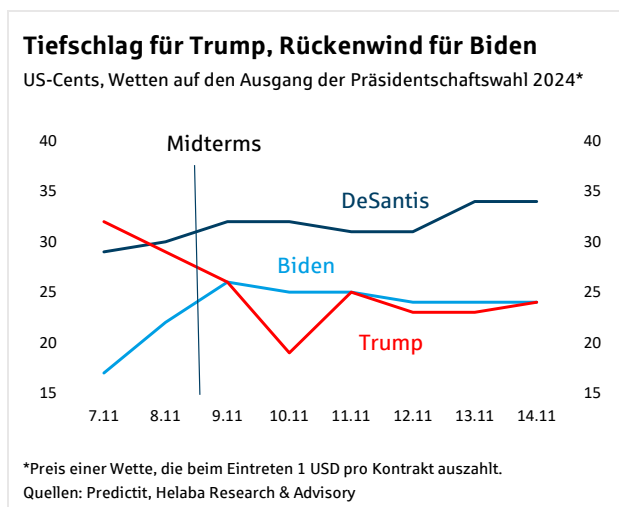
Mit einer Mehrheit im Repräsentantenhaus könnten die Republikaner aber zukünftig derartige Gesetzentwürfe im Ansatz stoppen, ohne auf Unterstützung durch demokratische „Abweichler“ im Senat hoffen zu müssen. Dies wäre die wohl konsequenzenreichste Folge der Wahlen. Ein **zusätzlicher Mehrheitswechsel im Senat** wäre für die Republikaner angenehm gewesen: Er hätte sich auf die Besetzung von Komitees ausgewirkt und der Partei bei Abstimmungen über Nominierungen von Botschaftern, Richtern und anderen Posten, die mit einfacher Mehrheit entschieden werden, mehr Mitspracherechte bzw. ein Veto eingeräumt.

Nichts hätte sich aber an der Tatsache geändert, dass im Senat die „**Filibuster**“-Regel bei den meisten Entscheidungen jedem Mitglied das Recht einräumt, eine Abstimmung auf unbegrenzte Zeit zu verschieben. Nur mit 60 oder mehr Stimmen kann dann eine Fortsetzung der Debatte erzwungen werden. Im 118. Kongress werden wieder beide Parteien weit von dieser „magischen Marke“ entfernt sein. Wie sich 2021 gezeigt hat, sind parteiübergreifende Initiativen wie das Infrastrukturpaket durchaus möglich – wenn eine ausreichende Zahl von Senatoren oder Senatorinnen zur Zusammenarbeit mit der anderen Partei in dieser speziellen Sache bereit ist. Durch die andauernde politische Polarisierung wird dies aber immer seltener.

Und nun?

Angesichts des knappen Wahlausgangs im Bundesstaat Georgia – hier lag weniger als ein Prozentpunkt zwischen dem Demokraten und seinem republikanischen Herausforderer – wären Prognosen für den Ausgang der Stichwahl am 6. Dezember vermessen. Sie wird mit einer einfachen Stimmenmehrheit entschieden. Für die Wirtschaftspolitik wird sie aber wohl nur einen geringen Unterschied machen. Gewinnt der Demokrat, so kann man sich zukünftig einen Abweichler im Senat erlauben, ohne die Mehrheit einzubüßen. Wenn die Demokraten ihre Mehrheit im Haus verlieren sollten, **wäre dies allerdings nachrangig**.

Entscheidend ist daher nun die Auszählung der noch ausstehenden Wählerstimmen für das Repräsentantenhaus. Haben die Republikaner es hier geschafft, eine Mehrheit zu erringen, wäre Präsident Biden in den beiden verbleibenden zwei Jahren seiner Amtszeit gezwungen, stärker auf **präsidiale Anordnungen** („Executive orders“) zurückzugreifen. Diese sind aber gerichtlich leichter angreifbar als Kongressbeschlüsse. Sie sind unter demokratischen Gesichtspunkten problematisch, wenn der Präsident versucht, mit ihrer Hilfe „am Kongress vorbei zu regieren“. Und ein Machtwechsel würde im Weißen Haus dem Nachfolger oder der Nachfolgerin die Möglichkeit eröffnen, Bidens Anordnungen mit einem einfachen Federstrich wieder zu beseitigen.



Damit sind wir bei einer anderen Frage, die die Finanzmärkte potenziell bewegen könnte: Haben die Wahlen eine zweite Amtszeit für **Donald Trump** ab 2024 wahrscheinlicher gemacht?

Trump 2024?

Trump hatte in ungewöhnlich aktiver Weise in den Wahlkampf eingegriffen und aus seiner Sicht „gute“ Republikaner unterstützt, aber „schlechte“ kritisiert. Derzeit ist daher eine Diskussion in Gange, ob die Wahlen – oder genauer: die Performance der von ihm unterstützten Kandidaten – ihm genutzt oder geschadet haben. Aktuell sieht es so aus, als würden ihm viele die **Schuld am enttäuschenden Abschneiden** der Partei geben. Häufig zeichneten sich „seine“ Kandidaten mehr durch Loyalität ihm gegenüber als durch Qualifikationen fürs Amt aus.

Schlecht für Trump ist auch der Wahlerfolg des rechts-konservativen **Gouverneurs von Florida, Ron DeSantis**, der mit fast 20 Prozentpunkten Vorsprung wiedergewählt wurde. Zudem holte er selbst in der Region Miami-Dade, wo die Demokraten traditionell stark sind, eine Stimmenmehrheit. Der überlegene Sieg stärkt seine Chancen als möglicher Präsidentschaftskandidat 2024, als der er vorher schon gehandelt wurde.

Das Fazit der Wahlen für die Finanzmärkte fällt also zwiespältig aus. Einerseits besteht das Risiko, dass die Demokraten ihre Mehrheit behalten bzw. im Senat sogar ausbauen und dadurch höhere Steuern für Unternehmen oder eine weiter verstärkte Regulierung drohen. Andererseits ist eine Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus etwas weniger wahrscheinlich geworden – auch wenn er in der für den 15. November angekündigten Rede seine Kandidatur offiziell verkünden sollte.



Hier können Sie sich für unsere Newsletter anmelden:

<https://news.helaba.de/research/>

Herausgeber und Redaktion

Helaba Research & Advisory

Redaktion:

Dr. Stefan Mitropoulos

Verantwortlich:

Dr. Gertrud R. Traud

Chefvolkswirtin /

Head of Research & Advisory

Neue Mainzer Str. 52-58

60311 Frankfurt am Main

Tel. 069/91 32-20 24

Internet: <http://www.helaba.de>

Disclaimer

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.